

Kurzfassung

Die Förderung nachhaltiger Finanzierung durch die EU – Auswirkungen auf den Mittelstand

Im Auftrag der regionalen Sparkassen und Volksbanken
in Siegen-Wittgenstein und Olpe und der IHK Siegen

Jonas Löher, Markus Rieger-Fels, Sebastian Nielen, Christian Schröder

Kurzfassung

Die EU-Kommission hat eine Reihe von Regulierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, um öffentliche und private Finanzmittel für die Nachhaltigkeitstransformation der Wirtschaft zu mobilisieren. So werden ab 2025 auch größere mittelständische Unternehmen ohne Kapitalmarktorientierung dazu verpflichtet, Nachhaltigkeitsinformationen in ihrem Lagebericht zu veröffentlichen. Sie sind somit direkt von den Regulierungsmaßnahmen der EU-Kommission betroffen. Bisher ist dies jedoch nur gut der Hälfte der zukünftig Berichtspflichtigen bekannt. Hier besteht in den kommenden Monaten weiterer Sensibilisierungsbedarf, um den Unternehmen die nötige Vorbereitungszeit zur Erfüllung der rechtlichen Vorgaben zu geben.

Mehrheit der mittelständischen Unternehmen indirekt betroffen

Viele KMU müssen bereits heute Verbrauchsdaten für Großkunden bereitstellen. Dies gilt besonders für Industrieunternehmen: Nahezu jedes Zweite wurde hier bereits nach entsprechenden Informationen gefragt. Die EU-Regulierung wird zu einer Ausweitung dieser Informationsbedarfe führen, da berichtspflichtige Unternehmen die Nachhaltigkeit ihrer Lieferkette und Banken und Sparkassen die Nachhaltigkeit ihres Kreditportfolios aufzeigen müssen. Die Unternehmen rechnen bereits – auch aufgrund des deutschen Lieferkettengesetzes – mit vermehrtem Informationsbedarf in der Lieferkette. Den erhöhten Informationsbedarf der Finanzierungspartner sehen sie noch nicht.

Nachholbedarf bei Erhebung der CO₂-Emissionen

Viele Unternehmen erheben bereits eine Reihe an Verbrauchsdaten, etwa für Strom, Wasser oder Treibstoff. Der zusätzliche Erhebungsaufwand, der sich durch die Regulierung ergibt, ist in diesem Bereich also begrenzt. Nachholbedarf besteht hingegen bei der Erfassung der eigenen CO₂-Emissionen sowie bei der Aufschlüsselung von Verbrauchs- und Emissionsdaten auf einzelne Kunden und Aufträge. Die Unternehmen messen der Erhebung dieser Daten einen hohen Aufwand bei.

Vielschichtige Herausforderungen bei der Finanzierung der Transformation

Zwei von drei Unternehmen planen in den kommenden drei Jahren Investitionen in mehr Nachhaltigkeit. Diese wollen sie – neben dem Einsatz von Eigenkapital – vor allem über Bank- und Förderkredite finanzieren. Damit hängt die

Nachhaltigkeitswende entscheidend vom Kreditzugang und den Konditionen für mittelständische Unternehmen ab. Es gibt Faktoren, die die Finanzierung erschweren: So besteht weiterhin Unsicherheit, inwiefern der Markt die Investitionen in grünere Produktionsprozesse honoriert. Auch erschwert die mangelnde Infrastruktur wie fehlender Zugang zu grünem Strom und Wasserstoff die Planbarkeit und Rentabilitätsbeurteilung entsprechender Investitionen.

Auswirkungen auf die Kreditvergabe an KMU schwer abzusehen

Die Auswirkungen der Regulierung auf die KMU-Finanzierung lassen sich aktuell schwer abschätzen. Sie hängen stark davon ab, wie Banken in Zukunft ESG-Kriterien bei der Kreditvergabe konkret berücksichtigen werden. Erschwert wird die Kreditfinanzierung durch einen Webfehler der Taxonomieregulierung: So wirken sich Kredite an KMU derzeit grundsätzlich negativ auf die Nachhaltigkeitsbilanz einer Bank aus. Dieser Fehler muss zeitnah beseitigt werden. Andernfalls drohen Kredithürden für KMU und Probleme für KMU-finanzierende Banken. Diese Kredithürden können dazu führen, dass KMU Investitionen in nachhaltige Technologien gar nicht oder nur im geringeren Maße durchführen.

EU muss indirekt entstehende Informationsbedarfe frühzeitig mitdenken

Die Bemühungen der EU-Kommission, vereinfachte Berichtsstandards für KMU auf den Weg zu bringen, sind zu begrüßen. Sie sollte hier jedoch zügig vorgehen, da bereits heute Informationsbedarfe von verschiedener Seite an KMU herangetragen werden. In Zukunft sollten die indirekten Wirkungen regulatorischer Eingriffe auf KMU – insbesondere neu entstehende Informationsbedarfe – frühzeitig berücksichtigt werden, um einen Wildwuchs an Informationsabfragen und damit eine unkontrollierte Zunahme der Bürokratielast zu vermeiden.